

Bundestagswahl 2013

Gewerkschaften fordern Politikwechsel

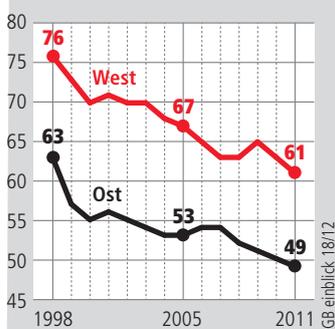
Ein Jahr vor der Bundestagswahl hat der DGB-Bundesvorstand Anfang Oktober die politischen Anforderungen des DGB an die Parteien für die nächste Legislaturperiode beschlossen. Die Gewerkschaften konzentrieren sich dabei auf drei Schwerpunktthemen: Gute Arbeit, sichere Rente und ein soziales Europa.

Der DGB habe seine inhaltlichen Erwartungen an eine Politik für die ArbeitnehmerInnen damit bereits formuliert, während die Parteien noch an ihren Wahlprogrammen schreiben, erklärt der DGB-Vorsitzende Michael Sommer. „Niemand kann also behaupten, er oder sie habe nicht gewusst, was uns am Herzen liegt. Wir sind gespannt, wie sich die Parteien zu unseren Themen und Forderungen aufstellen“, so Sommer.

Im Mittelpunkt des DGB-Papiers steht die Forderung nach einer neuen Ordnung der Arbeit. „Nach 30 Jahren Deregulierung liegt der Arbeitsmarkt in totaler Unordnung, prekäre Beschäftigung und Niedriglohnssektor nehmen zu“, sagt der DGB-Vorsitzende. Die Gewerkschaften fordern zur Überwindung des gespaltenen Arbeitsmarktes

Immer mehr ohne Tarifvertrag

Tarifbindung der Beschäftigten in West- und Ostdeutschland 1998 - 2011 (in Prozent)



Quelle: IAB-Panel / WSI-Tarifarchiv

Die Tarifbindung der Beschäftigten sinkt. Im Osten unterliegt nur noch knapp die Hälfte aller Arbeitsverhältnisse einem Tarifvertrag. Eine der Forderungen der Gewerkschaften an die Politik ist deshalb, die Tarifautonomie zu stärken. Dazu gehört beispielsweise, die Allgemeinverbindlichkeitserklärung von Tarifverträgen zu erleichtern.

unter anderem einen gesetzlichen Mindestlohn, die Bekämpfung des Missbrauchs von Leiharbeit, eine Neuregelung der Minijobs, einen besseren Kündigungsschutz, die Abschaffung der sachgrundlosen Befristung sowie eine Stärkung

der Tarifautonomie. Arbeit müsse wieder „als zentrales Element der Teilhabe und persönlichen Verwirklichung anerkannt“ werden.

Dazu gehört auch eine andere Rentenpolitik. Ziel des DGB ist eine nachhaltige und solidarisch finanzierte Alterssicherung, die den Lebensstandard sichert und Altersarmut vermeidet. Zum dritten Schwerpunkt „soziales Europa“ fordert der DGB eine soziale Fortschrittsklausel und einen neuen Sozialkontrakt für Europa. Beide gehörten neben der Förderung von Wachstum und Beschäftigung ganz oben auf die Agenda europäischer Politik. Ohne gestärkte soziale Grundrechte drohe Europa zu scheitern, heißt es im DGB-Beschluss.

Die gewerkschaftliche Bilanz der schwarz-gelben Regierungspolitik ist mager: „Der Output nach drei Jahren Schwarz-Gelb ist für Arbeitnehmer gleich null. Wir haben drei Jahre Stillstand erlebt – bestenfalls“, urteilt Sommer. Er stellt aber auch klar: Die Gewerkschaften werben für einen Politikwechsel, werden aber auch bei der Bundestagswahl 2013 wie üblich keine Wahlempfehlung für Parteien oder Koalitionen aussprechen. Der DGB ist dem Prinzip der Einheitsgewerkschaft verpflichtet und parteipolitisch unabhängig, betont der DGB-Vorsitzende. Zudem hätten die Gewerkschaften die Erfahrung gemacht, dass sie viel mehr durchsetzen können, wenn sie mit allen Parteien „konstruktive Dialoge“ führen. „Ich lege Wert darauf, dass wir uns nicht als Vorhof bestimmter Parteien behandeln lassen“, so Sommer. •

plusminusBERLIN

+ Auf Initiative der Berliner Arbeits- und Integrations-senatorin **Dilek Kolat (SPD)** will der Bundesrat rund 50 000 homosexuelle Männer rehabilitieren, die vor 1969 verurteilt worden sind. Die Bundesregierung soll nun darlegen, wie das umgesetzt werden kann.

- Die FDP will die Erbschaftssteuer komplett abschaffen. **Volker Wissing, Finanzexperte der Liberalen im Bundestag, hält diesen Einnahmeverzicht „für verschmerzbar“.**

inhalt

Seite 3

Gewerkschaftstag in Sicht

Ende Oktober lädt die Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft (EVG) zu ihrem ersten Ordentlichen Gewerkschaftstag ein. Der EVG-Vorsitzende Alexander Kirchner erklärt, um was es gehen wird

Seite 5

60 Jahre Mitbestimmung

1952 ist das Betriebsverfassungsgesetz in Kraft getreten. Einblick hat Betriebsräte nach den künftigen Herausforderungen an betriebliche Mitbestimmung gefragt

Seite 7

Brennpunkt Südafrika

Die toten Bergleute in Südafrika sorgen für Schlagzeilen. Monika M. Sommer, Sozialreferentin der Deutschen Botschaft in Pretoria, schildert die aktuelle Lage



Der Surf-Tipp fürs Internet

www.bildungsportal.verdi.de
Neues Bildungsportal von verdi mit Informationen und Anmeldeoption zu Seminaren und Workshops

Hintergrund

www.einblick.dgb.de/hintergrund
Bundestagswahl 2013: Die DGB-Forderungen an die Parteien

Energiewende

Kosten gerecht verteilen

Die Akzeptanz der Energiewende ist bedroht. Die entscheidenden Probleme, die gelöst werden müssen, sind nach Ansicht des DGB: Planungssicherheit für notwendige Investitionen zu schaffen und die Preissteigerungen in den Griff zu bekommen. Auf der gemeinsamen Fachkonferenz „Finanzierung des Energieumstiegs“ von DGB und Hans-Böckler-Stiftung betonte DGB-Vorstandsmitglied Dietmar

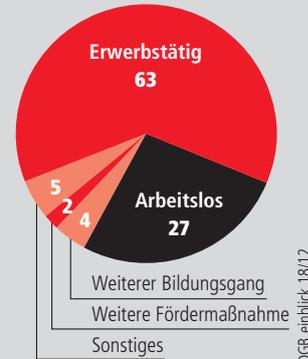
Hexel am 11. Oktober, die Bundesregierung müsse nicht nur Investitionssicherheit für Unternehmen und Beschäftigte gewährleisten, sie müsse auch berücksichtigen, dass einkommensschwache Haushalte und kleine Betriebe weitere Preiserhöhungen nicht mehr verkraften könnten.

Hexel plädierte aufgrund der hohen EEG-Umlage für einen Strom-Spar-Tarif. Damit könnte Haushalten eine begrenzte Menge Strom für den täglichen Bedarf zu einem kostengünstigen Preis zugänglich gemacht werden. Die Befreiung der energieintensiven

Unternehmen von dieser Umlage sei zwar richtig, aber der Betrag müsse „unbedingt gedeckelt werden“, forderte Hexel. Derzeit werden rund 2,5 Milliarden Euro auf die restlichen Stromkunden verteilt. Der DGB warnt vor einem weiteren Schnellschuss bei der Gesetzgebung. Ständige Verunsicherung und Gesetzesnovellen im Hauruck-Verfahren lehnt Hexel für das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) ab. Der DGB fordert stattdessen ein Moratorium für das EEG. „Wir brauchen ausreichend Zeit, um eine gute und treffsichere Antwort zu finden“, mahnte Dietmar Hexel. ●

Gelungene Integration

Arbeitsperspektive von Behinderten nach einem Abschluss an einem Berufsbildungswerk, 2010 (in Prozent)



Quelle: Institut der Deutschen Wirtschaft 2012 © DGB einblick 18/12

Die Ausbildung ist zwar teuer aber erfolgreich: Berufsbildungswerke – so das Institut der Deutschen Wirtschaft (IW) – leisten für die berufliche Integration Behinderter einen wichtigen Beitrag. Die Bundesagentur für Arbeit muss für eine solche Ausbildung etwa 52 000 Euro mehr investieren. Geld, das sich lohnt, wie das IW in seiner Studie feststellt. Lediglich 2,4 Prozent der Absolventen der Jahre 1995 bis 2008 hätten 2010 keinen Arbeitsplatz gefunden. Behinderte Menschen mit einer abgeschlossenen Berufsausbildung verdienen rund 6100 Euro mehr als solche ohne Berufsabschluss.

ILO

Sparen fördert Arbeitslosigkeit

Guy Ryder, Generalsekretär der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO), erwartet ein gemeinsames Handeln von Industrie- und Schwellenländern gegen die zunehmende Arbeitslosigkeit. Auf der Jahrestagung des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank stellte Ryder fest, dass viele Regierungen die Auswirkungen ihres „verschärften Sparkurses unterschätzt“ hätten. Weltweit stieg die Arbeitslosenzahl seit Beginn der Finanzkrise 2008 um 30 Millionen auf rund 200 Millionen weltweit. Die ILO empfehle daher „einen langsameren Schuldenabbau, ergänzt durch niedrigere Leitzinsen“. Ryder: „Wenn viele Staaten gleichzeitig diesen Kurs

einschlagen, könnten wir die Weltwirtschaft auf einen nachhaltigeren Wachstumspfad zurückbringen.“ Die führenden Wirtschaftsnationen könnten zudem durch koordinierte Maßnahmen „ein weiteres Abrutschen in die Krise verhindern“, ist sich Ryder sicher. ●

Rentenbeiträge

Bundesrat für Absenkung

DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach hatte kurz vor Beginn der Bundesratssitzung noch einmal an die Länderchefs appelliert, „die fatale Entscheidung der Bundesregierung zu korrigieren“. Der DGB möchte den Überschuss in der Rentenversicherung entgegen dem Plan der schwarz-gelben Koalition nicht in eine Beitragssenkung umlenken, sondern stattdessen mit

diesem Geld eine Demografiereserve aufbauen. Die rot-grün regierten Bundesländer legten im Bundesrat einen entsprechenden Antrag vor, der jedoch scheiterte. Das Saarland, Thüringen und Sachsen-Anhalt – allesamt von einer großen Koalition geführt – verweigerten ihre Zustimmung. Aufgrund der fehlenden Länderstimmen kann das Beitragssenkungsgesetz nun von der schwarz-gelben Mehrheit des Bundestages beschlossen werden. ●

Unternehmen

Verpflichtende Transparenz

Ein Antrag der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen scheiterte an der Mehrheit der schwarz-gelben Regierungskoalition: Unternehmen sollten, so die Opposi-

tionspolitikerInnen, künftig verpflichtet werden, Informationen über Arbeitnehmerrechte oder auch Umwelt- und Klimaschutz zu veröffentlichen. Die Fraktion begründete ihren Antrag damit, dass die bislang freiwilligen Informationen der Unternehmen nicht ausreichen, um Verbraucher darüber zu informieren, unter welchen Bedingungen die Waren hergestellt würden. Ein Verbraucherinformationsrecht, dass es in Großbritannien und Frankreich bereits gibt, würde für mehr Transparenz sorgen. CDU/CSU und FDP lehnten ab: Vorhandene Programme wie Corporate Social Responsibility könnten durch weitere Instrumente auf freiwilliger Basis ausgebaut werden. Rechtliche Vorgaben würden hingegen zu Wettbewerbsnachteilen deutscher Unternehmen führen. ●

EU-Kommission

Deutschland noch nicht fit für die Zukunft

„Deutschland kann sich nicht auf seinen Lorbeeren ausruhen“, mahnt der für Beschäftigung und Soziales zuständige EU-Kommissar László Andor. Er fordert nicht nur den Ausbau von Kita- und Ganztagseschulplätzen. Weniger

Abgaben für Geringverdiener und bessere steuerliche Bedingungen für Zweitverdiener hält der EU-Kommissar ebenfalls für notwendige Änderungen. Um Ungleichgewichte im Euroraum auszubalancieren, müssten zudem die

deutschen Löhne entsprechend der Produktivitätsentwicklung steigen. Andor kritisierte darüber hinaus den „zunehmend segmentierten“ deutschen Arbeitsmarkt. Minijobs und die niedrigen Löhne für Leiharbeiter führten in eine Armutsfalle. ●

GEWERKSCHAFTEN

Der EVG-Vorsitzende Alexander Kirchner im Interview

„Wir brauchen einen Masterplan Verkehr“

Zum ersten Ordentlichen Gewerkschaftstag der Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft EVG treffen sich vom 28. Oktober bis zum 1. November 300 Delegierte in Berlin, um die Weichen für die Zukunft zu stellen. Von der ökologischen Verkehrswende bis zur Mitgliederentwicklung: Im einblick-Interview stellt der EVG-Vorsitzende Alexander Kirchner die Themen des Gewerkschaftstags vor.

■ **Vor zwei Jahren ist die Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft (EVG) aus der Verschmelzung von GDBA und TRANSNET hervorgegangen. Wie ist deine Bilanz?**

■ **Positiv.** Heute sind noch mehr Mitglieder als früher der Auffassung, dass der Weg richtig war. Und daher bin ich fest überzeugt, dass die Bildung der EVG die richtige Antwort auf die Frage ist, wie Gewerkschaften sich in die Zukunft weiterentwickeln müssen, nämlich nicht als berufsständische, sondern als solidarische Interessenvertretung aller Beschäftigten.

■ **Gibt es schon ein „Wir“-Gefühl?**

■ **Ganz eindeutig:** Das Wir-Gefühl ist da. Wir reden nicht mehr über den Zusammenschluss, wir leben ihn. Es sind viele neue Gremien gebildet worden, in denen es keine Rolle mehr spielt, ob ein Kollege früher in der TRANSNET oder in der GDBA war.

■ **Was sind die zentralen Themen des Gewerkschaftstages?**

■ **Das Motto lautet:** Gemeinsam für Menschen, Arbeit, Umwelt. Damit sind drei zentrale Botschaften verbunden: Der Mensch gehört in den Mittelpunkt. Wir brauchen eine Arbeitswelt, in der sich das widerspiegelt. Nur Arbeit schafft Werte. Zweitens: Wir setzen uns für eine neue Wirtschaftsordnung ein, in der prekäre Beschäftigungsformen zurückgedrängt werden und Menschen von ihrer Arbeit leben können. Und drittens: Wir stehen vor enormen ökologischen Herausforderungen. Die Ressourcen werden knapper, der Klimawandel zwingt uns zur CO₂-Reduktion. Das schafft neue Perspektiven für die Schiene. Es kann keine Energiewende ohne eine ökologische Verkehrswende geben. Dafür setzen wir uns ein.

■ **Ende 2011 hatte die EVG rund fünf Prozent weniger Mitglieder als 2010. Was sind die Ursachen?**

■ **Darin spiegelt sich die schwierige demografische Situation in unserem Organisationsgebiet wider.** Im Bahnbereich gab es jahrzehntelang nur Personalabbau und kaum Nachwuchskräftegewinnung. Das führt dazu, dass wir einen hohen Anteil an Mitgliedern haben, die nicht mehr im Berufsleben stehen. Ein großer Teil unseres Mitgliederverlustes geht darauf zurück, dass wir Mitglieder durch Tod verlieren.



Foto: Allianz pro Schiene

Alexander Kirchner, 54, gelernter Energieanlagen-Elektroniker, gehörte seit 2000 dem TRANSNET-Vorstand an, 2008 wurde er ihr Vorsitzender. Seit der Verschmelzung von TRANSNET mit der GDBA zur Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft (EVG) ist er ihr Vorsitzender. Auf dem Gewerkschaftstag in Berlin kandidiert er erneut für den Vorsitz.

■ **Ist es euch gelungen, eine Trendwende einzuleiten?**

■ **Bei den aktiv Beschäftigten haben wir mehr Zu- als Abgänge.** Wir haben die Mitgliedergewinnung als Top-Thema für unsere Funktionäre definiert und eine Reihe von Mitgliederwerbe-Projekten aufgelegt. Die ersten Erfolge dieser Strategie zeigen sich jetzt. Das ist uns Ansporn – zumal die Unternehmen in der Branche angekündigt haben, künftig mehr Personal einzustellen. Das ist Potenzial für uns.

■ **Aktuell laufen die Verhandlungen um den Zukunft-Tarifvertrag mit der Deutschen Bahn AG. Worum geht es euch dabei?**

■ **Wir wollen die Rahmenbedingungen für die Beschäftigten insgesamt verbessern und vor allem dafür sorgen, dass Beschäftigte, die sich mit 17 entscheiden, Eisenbahner zu werden, auch die Chance haben, bis zum Renteneintritt zu arbeiten.**

Das hat viele Facetten: Aus- und Weiterbildung, soziale Schicht- und Dienstpläne, Vereinbarkeit von Familie und Beruf, altersgerechte Arbeitsplätze etc. Die Bahn will einer der Top-Arbeitgeber werden, dann muss sie aber auch etwas dafür tun.

■ **Im Mai kritisierte die EVG, dass die MitarbeiterInnen der Deutschen Bahn insgesamt 6,4 Millionen Überstunden angehäuft haben. Es wird immer schwieriger, den Bahnbetrieb aufrecht zu erhalten. Hat sich seitdem etwas getan?**

■ **Das ist kein Problem der Deut-**

schen Bahn, sondern der ganzen Branche. Unser Warnschuss wurde aber gehört und kam genau zur rechten Zeit. Nach fast 20 Jahren Personalabbau geht der DB-Konzern jetzt allmählich dazu über, neues Personal einzustellen, auch wieder mehr Auszubildende. Das ist richtig, aber aus unserer Sicht noch nicht ausreichend.

■ **Wo liegen für die Deutsche Bahn die Herausforderungen in der Zukunft?**

■ **Ich möchte den Rahmen dieser Frage erweitern:** Wo liegen die Herausforderungen für die Schiene bzw. für die Bahnen insgesamt? Bei aller Konkurrenz haben die Bahnunternehmen dieselben Probleme: Es gibt immer noch keine fairen Wettbewerbsbedingungen zwischen der Schiene einerseits, Straße und Luftfahrt andererseits. Und die Infrastruktur stößt an ihre Grenzen, sie muss dringend ausgebaut werden,

damit die Schiene ihre ökologischen Vorteile ausspielen kann.

■ **Das Vorhaben, Netz und den Betrieb bei der Deutschen Bahn zu trennen, kritisiert die EVG scharf. Weshalb?**

■ **In erster Linie ist der integrierte Konzern für uns die Klammer für den konzernweiten Arbeitsmarkt.** Nur so war es möglich, zehntausende KollegInnen in neue Jobs zu vermitteln. Darüber hinaus sind wir aber überzeugt, dass der integrierte Konzern gut ist für die Entwicklung der Schiene insgesamt. Gerade weil die Deutsche Bahn die Infrastruktur auch selber nutzt, hat sie selbst ein Interesse daran, sie zu entwickeln. Die Milliardensummen, die die DB in die Netzentwicklung gesteckt hat, sprechen eine deutliche Sprache.

■ **Im März hat die EVG einen Kooperationsvertrag mit ver.di für den Verkehrssektor geschlossen. Was sind die Ziele?**

■ **Erst einmal geht es darum, uns nicht gegenseitig die Mitglieder abspenstig zu machen.** Vielmehr wollen wir gemeinsam mit ver.di die Beschäftigungsbedingungen in der Verkehrsbranche weiterentwickeln. In der Busbranche z.B. ist der Wettbewerb besonders ruinös. Vor allem wird er auf Kosten der Beschäftigten ausgetragen. Das wollen wir beenden.

■ **Welche Rolle spielen Bahn und Bus in der ökologischen Verkehrswende?**

■ **Wir brauchen eine entschiedene Förderung der öffentlichen Verkehre.** Die Politik zeichnet sich allerdings durch völlige Planlosigkeit aus. Sie leidet unter dem Weiter-so-Syndrom. Deshalb fordern wir einen Masterplan Verkehr, der die künftige Rolle der Verkehrsträger genau definiert und politische Maßnahmen darauf ausrichtet. Busse und Bahnen müssen das Rückgrat des Verkehrssystems der Zukunft sein. ●

Langfassung des Interviews:
www.einblick.dgb.de/-/PWL
Infos zum EVG-Gewerkschaftstag:
www.evg-online.de

Otto-Brenner-Preis

Skeptisch und hartnäckig

Andreas Müller von der Stuttgarter Zeitung erhält den diesjährigen ersten Preis der Otto-Brenner-Stiftung für kritischen Journalismus. Der Autor wird für seine Berichterstattung über den Rückkauf von Aktien des Energieversorgers EnBW durch die baden-württembergische Regierung unter dem früheren Ministerpräsidenten Stefan Mappus

(CDU) ausgezeichnet. Die Jury lobt Müller für seine Skepsis und Hartnäckigkeit. Nur weil er sich nicht zufriedengab, „erfuhr die Öffentlichkeit vom ganzen Ausmaß des Amtsmissbrauchs zum Schaden der Steuerzahler“.

Der zweite Preis geht an Wilfried Huismann. Seine Reportage „Der Pakt mit dem Panda“ wirft einen kritischen Blick hinter die Kulissen der mächtigen Naturschutzorganisation WWF. Auf dem dritten Platz liegt das Buch von Stefan Koldehoff und Tobias Timm „Falsche

Bilder – Echtes Geld“ über die Machenschaften auf dem Kunstmarkt. Den „Spezial“-Preis erhält der Film „Wadim“ von Hauke Wendler und Carsten Rau. Anne Lena Mösken von der Berliner Zeitung wird als beste Newcomerin ausgezeichnet. Ebenfalls prämiert wird das Medienprojekt „Klima-Lügendetektor“.

Die Preisverleihung findet am 30. Oktober in Berlin statt. In der Jury sitzen neben dem IG Metall-Vorsitzenden Berthold Huber prominente JournalistInnen. •

Mehr unter: www.bit.ly/obs_preis_2012

Bündnis

Spekulation stoppen

Etwa 870 Millionen Menschen auf der Erde hungern, weil sie die steigenden Preise für Nahrungsmittel nicht mehr bezahlen können. Schuld an den schwankenden Preisen sind unter anderem Spekulationen auf Lebensmittel. Ein breites Bündnis aus Kirchen, Nichtregierungsorganisationen und der Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG) hat unter dem Motto „Mit Essen spielt man nicht“ eine Unterschrifteninitiative gestartet, um die Nahrungsmittelspekulationen zu unterbinden. Noch in diesem Herbst sollen die Unterschriften der Bundesregierung übergeben werden. •

www.oxfam.de/gegenspekulation

die Ratifizierung hierzulande gibt. Ergänzt werden die Informationen durch Interviews mit ExpertInnen aus Wissenschaft und Gewerkschaften. Die Broschüre gibt es kostenlos im Internet. •

www.bit.ly/dgb_ilo_haus



DGB-Broschüre

Hausangestellte absichern

Schätzungsweise 2,6 Millionen Hausangestellte gibt es in Deutschland. Allerdings sind

Vorgaben erklärt der DGB in seiner Broschüre „Hausangestellte – das Ende der Ausbeutung?“.

In Deutschland müsste der Bundestag das Übereinkommen ratifizieren. Ein solcher Akt zeigt, dass sich Staaten zu den Inhalten bekennen und umsetzen. Die Broschüre erläutert die ILO-Vorgaben ebenso wie die Umsetzungswege und die aktuelle Situation in Deutschland. Derzeit prüfe die Bundesregierung noch, ob die Norm mit der nationalen Gesetzgebung vereinbar ist, so der DGB. Ein Gutachten der Hans-Böckler-Stiftung belegt, dass es keine rechtlichen Gründe gegen

nur 250 000 Beschäftigungsverhältnisse angemeldet. Das bedeutet für die Frauen in den allermeisten Fällen: keine Sozialleistungen und keine Absicherung im Alter. Das Übereinkommen 189 der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) will das ändern (siehe Seite 6). Hausangestellte sollen als reguläre Beschäftigte anerkannt werden. Die Umsetzung der ILO-

Wissenschaft

Gute Berufsbildung

Der wissenschaftliche Beraterkreis von IG Metall und ver.di hat sich mit den aktuellen Problemen und Herausforderungen in der beruflichen Bildung befasst. Die 18 renommierten Politik-, Sozial- und WirtschaftswissenschaftlerInnen

analysieren beispielsweise, wie sich prekäre Beschäftigung auf die Bildung auswirkt. Sie sprechen sich unter anderem dafür aus, LeiharbeiterInnen mehr Chancen auf Weiterbildung zu ermöglichen. Die Analysen und Thesen sind in der Broschüre „Berufs-Bildungsperspektiven 2012“ zusammengefasst. Sie kann im Internet bestellt werden. •

www.bit.ly/wiss_bro

interregio

••• Der **DGB Bayern** hat sich dafür ausgesprochen, die **Ermittlungen** zum Oktoberfest-Attentat von 1980 wieder aufzunehmen. Einer Bürgerinitiative hat dazu rund 1200 Unterschriften an Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (FDP) übergeben. Zu den Unterzeichnern zählen GewerkschafterInnen und Prominente. Die Bürgerinitiative bezweifelt, dass ein rechtsradikaler Einzeltäter hinter dem Anschlag steckt. 13 Menschen sind damals ums Leben gekommen. www.bayern.dgb.de/IPMU

••• Mit einer **Festveranstaltung** am 27. Oktober feiert der **DGB Nord** gemeinsam mit seinen polnischen Schwestergewerkschaften in Neubrandenburg das 15-jährige Bestehen des gewerkschaftlichen deutsch-polnischen Frauenrates. In diesem Rat arbeiten die Gewerkschaftsfrauen aus Mecklenburg-Vorpommern und von Solidarnosc Westpommern seit 1997 zusammen. 2007 wurde der Rat zu einem Dreierbund mit den litauischen Kolleginnen ausgedehnt. lisanne.straka@dgb.de

••• Der **DGB Berlin-Brandenburg** lädt am 26. Oktober zu einem **Vortrag** des Journalisten und Holocaust-Überlebenden Noah Klieger nach Berlin ein. Der Autor des Buches „Zwölf Brötchen zum Frühstück“ wird über seine Erfahrungen im Konzentrationslager berichten. Als 16-Jähriger kam er zuerst ins KZ Auschwitz. Zwei Jahre später wurde er nach Ravensbrück verlegt, wo er 1945 von den Sowjets befreit wurde. Klieger lebt und arbeitet seitdem in Israel. www.berlin-brandenburg.dgb.de

GEW-Ideenwettbewerb

Für Kinderrechte

Die GEW hat einen Ideenwettbewerb gestartet, um Kinder, Jugendliche und Erwachsene für die Problematik der Kinderarbeit zu sensibilisieren. Teilnehmen können SchülerInnen aller Schulformen, Studierende und auch Kinder im Alter von drei bis sechs Jahren. Erlaubt sind Texte, Filme, Musikstücke, Aktionen und digitale Arbeiten. Wichtig ist den Initiatoren, dass die Beiträge in einem gemeinsamen Lernprozess entstehen. Einsendeschluss ist der 1. März 2013. • www.gew-ideenwettbewerb.de

GEWERKSCHAFTEN

60 Jahre Betriebsverfassungsgesetz

Erfolgsmodell Mitbestimmung

Rund 500 000 Betriebsratsmitglieder engagieren sich ehrenamtlich in über 100 000 Betriebsratsgremien für die Interessen der Beschäftigten. Aus Anlass des 60. Jubiläums des Betriebsverfassungsgesetzes fragte einblick fünf von ihnen nach ihren Erfahrungen mit dem Gesetz in der Praxis und nach künftigem Reformbedarf.

Gaby Dorsten, 59, IG Metall, ist Betriebsrats- und Gesamtbetriebsratsvorsitzende beim Neusser Autozulieferer Pierburg und Aufsichtsrätin der Pierburg GmbH.



Die Betriebsverfassung ist unser tägliches Handwerkszeug. Wir arbeiten damit, notfalls drohen wir auch damit. Richtig eingesetzt ist sie für uns Hilfe und Unterstützung – kurz, wir könnten ohne diese gesetzliche Grundlage unsere Arbeit nicht leisten. Verbesserungsbedarf gibt es natürlich immer. Ich würde mir wünschen, wenn aus der bisherigen Informationspflicht des Unternehmens in wirtschaftlichen Angelegenheiten ein Mitwirkungsrecht für Betriebsräte würde. Wir werden – vor allem in schlechten Zeiten – zwar gerne von den Arbeitgebern in Anspruch genommen, aber Mitreden heißt noch nicht Mitgestalten.

Gisela Seidel, 61, IG BCE, ist Betriebsratsvorsitzende bei Lanxess Dormagen und Mitglied im Aufsichtsrat der Lanxess AG.



Mitbestimmung fußt auf der vertrauensvollen Zusammenarbeit von Arbeitgebern, Betriebsräten und Gewerkschaften. Dabei geht es nicht nur um Beschäftigungssicherung und humane Arbeitsbedingungen, sondern auch um den wirtschaftlichen Erfolg des Unternehmens. Zur Mitbestimmungskultur gehört, sich frühzeitig mit Themen auseinanderzusetzen, die für die Zukunft relevant und richtungsweisend sind. Handlungsbedarf besteht vor allem in den vielen Betrieben ohne Betriebsrat. Zum eigenen Schaden: Betriebliche Mitbestimmung ist ein Erfolgsinstrument, auf das kein Unternehmen verzichten sollte.

Hermann Soggeberg, 45, NGG, ist Vorsitzender des Konzernbetriebsrats und des Europäischen Betriebsrats beim Konsumgüterkonzern Unilever.



Im Konzern Unilever gibt es eine gute Mitbestimmungskultur. Für die Manager ist Mitbestimmung ein Standortvorteil. Doch die Arbeit als Betriebsrat wird immer internationaler. Hier muss der Gesetzgeber auf nationaler und auf internationaler Ebene dafür sorgen, dass das deutsche Betriebsverfassungsgesetz nicht umgangen oder ausgehebelt werden kann. Außerdem gibt es großen Bedarf an Weiterbildung. Um die rasanten Veränderungen in globalen Unternehmen zu meistern, sind Betriebsräte künftig noch viel stärker auf Wissen wie Fremdsprachenkenntnisse angewiesen.

Susanne Neumann, 52, IG BAU, ist Betriebsratsvorsitzende bei der Stölting Dienstleistungsgruppe, Gelsenkirchen/Düsseldorf und Vorsitzende der IG BAU-Bundesfachgruppe Gebäudereiniger-Handwerk.



Ohne Frage – die betriebliche Mitbestimmung ist wichtig und gut. Leider stimmen die Rahmenbedingungen nicht mehr. In der Gebäudereinigung werden mittlerweile 90 Prozent aller Beschäftigten befristet eingestellt. Aus Angst um den Arbeitsplatz melden sich befristet Beschäftigte kaum krank, klagen weder Überstunden noch tarifliche Leistungen ein und kandidieren nicht für den Betriebsrat. Solange prekäre Beschäftigung boomt und die Stammbeschafteten schrumpfen, werden Mitbestimmungsrechte ausgehöhlt. Deshalb gehören befristete Verträge abgeschafft.

Björn Borgmann, 24, ver.di, ist Vorsitzender der Gesamt-Jugend- und Auszubildendenvertretung (GJAV) an der Universitätsklinik Gießen-Marburg und Vorsitzender der Konzern-JAV der Rhön-Klinikum AG.



Die JAV setzt sich vor allem für gute Ausbildungsbedingungen ein. Auch der Gesundheitsschutz ist ein großes Thema. Wer kranken Menschen hilft, darf durch die eigene Arbeit nicht krank werden. Das ist unsere Devise. Sorgen bereitet uns die stetige Ausgliederung von Dienstleistungen in Servicegesellschaften. Sinnvoll wäre, die Zuständigkeit der JAVen auszuweiten und die Altersgrenze von 25 Jahren zu streichen. Wir haben viele KollegInnen, die ihre Zweit- oder Drittausbildung absolvieren, deshalb älter sind und damit nicht von der JAV vertreten werden können.

Garant für Motivation

Am 11. Oktober 1952 trat das Betriebsverfassungsgesetz in Kraft. Heute seien Betriebsräte anerkannte Akteure in Wirtschaft und Gesellschaft, schreibt der DGB-Vorsitzende Michael Sommer in der Einladung zu der Festveranstaltung „60 Jahre Betriebsverfassungsgesetz – Erfolgsmodell Mitbestimmung“. Auf der Veranstaltung am 17. Oktober würdigte der DGB-Vorsitzende die betriebliche Mitbestimmung „als Grundpfeiler der Sozialen Marktwirtschaft“.

Auf einem Arbeitsmarkt, der sich beständig wandle, sei das Betriebsverfassungsgesetz „heute wichtiger denn je“, betonte Michael Sommer. Es schütze die Beschäftigten und ermögliche ihnen, den betrieblichen Alltag aktiv zu gestalten.

Doch Mitbestimmung müsse sich auch weiterentwickeln, forderte der DGB-Vorsitzende, gerade im Hinblick auf Leiharbeit und Werkverträge. Sein Fazit: „Mitbestimmung stärkt gute Zusammenarbeit, fördert Zufriedenheit, Motivation und Kreativität.“ Dies sollten auch diejenigen unter den Arbeitgebern nicht vergessen, die versuchten, die Mitbestimmung zu unterlaufen.

Mehr Infos:
www.dgb.del-ifyi

kurz&bündig



Die GEW fordert, Frauen in pädagogischen Berufen

genauso wie Männer in vergleichbaren Jobs zu bezahlen. Das betrifft vor allem Lehrkräfte an Grund- und Hauptschulen und ErzieherInnen. Die Bewertung „gleichwertiger Tätigkeiten nach dem Motto: kleine Kinder – kleines Gehalt, große Kinder – großes Gehalt ist ein Anachronismus“, so GEW-Vorstand Ilse Schaad.



Die NGG hat ihre Forderung nach einem Herkunftsnachweis

für Lebensmittel erneuert. Der Verbraucher könne weder beim Joghurt noch bei der Marmelade oder beim Schulessen erkennen, woher die verarbeiteten Grundstoffe stammen.



Die GdP warnt vor offensichtlich zugänglichen W-LAN-Netzen. Sie

dürften nicht „zu staatlich organisierten Einfallstoren anonymer Internetkrimineller werden“, sagt der GdP-Vorsitzende Bernhard Witthaut. Die GdP spricht sich für eine sichere Protokollierung von Zugriffen und Löschungen aus.



Vor einem Rückfall in die Verwahrspsychiatrie des letzten Jahrhunderts hat ver.di gewarnt.

Das Gesundheitsministerium will gegen den Rat aller Fachleute ein pauschalisierendes Entgeltsystem in der Psychiatrie durchboxen. „In den Kliniken herrscht blankes Entsetzen über dieses Vorgehen“, so ver.di-Vorstand Ellen Paschke.

Mit einer internationalen Tagung in Berlin haben DGB und Friedrich-Ebert-Stiftung am 7. Oktober, dem **Welttag für menschenwürdige Arbeit**, ein Zeichen für gute Arbeit und gegen den Abbau von Arbeitnehmerrechten gesetzt. Die über 250 Gäste diskutierten, wie sich Kinderarbeit, Verfolgung von GewerkschafterInnen und die weltweite Zunahme prekärer Arbeit wirksam verhindern lassen.



Foto: DGB/Simone M. Neumann

Auch die **Gleichstellung von Hausangestellten** mit anderen Beschäftigten war Thema der Konferenz. 2011 hat die Vollversammlung der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) das Übereinkommen 189 über menschenwürdige Arbeit für Hausangestellte verabschiedet. Erstmals hat die ILO damit eine Arbeitsnorm für Beschäftigte im informellen Sektor geschaffen. Die Norm fordert für sie die gleichen

Arbeitsrechte wie für andere ArbeitnehmerInnen, vom Urlaubsanspruch bis zum Recht auf gewerkschaftliche Vertretung. Doch bisher haben lediglich Uruguay und die Philippinen die Norm ratifiziert. Der DGB-Vorsitzende Michael Sommer forderte die Bundesregierung auf, mit gutem Beispiel voranzugehen, die Norm zu ratifizieren und umzusetzen. Mit einer **symbolischen Aktion** (Foto) machten sich die ReferentInnen der Tagung dafür stark, dass mindestens zwölf Länder die ILO-Konvention 189 in Kürze übernehmen. Mehr: www.dgb.de/-IP1N

DGB-Konferenz

Kurswechsel in Europa

Wie können Spielräume für soziale und demokratische Reformen in der EU zurückgewonnen werden? Darüber diskutieren ExpertInnen, GewerkschafterInnen und EuropapolitikerInnen am 1. November in Berlin auf der DGB-Konferenz „Kurs auf ein soziales Europa“. In Interviews berichten Gewerkschaf-

terInnen aus Irland, Spanien und Tschechien über die aktuelle Situation in den Krisenländern. Als Gäste haben neben vielen anderen Professor Andreas Fischer-Lescano vom Zentrum für Europäische Rechtspolitik an der Uni Bremen, Professor Rolf Rosenbrock, Vorsitzender des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes, sowie die EU-ParlamentarierInnen Elmar Brok (CDU), Rebecca Harms (Grüne), Thomas Händel (Linke) und Jutta Steinruck (SPD) zugesagt. • www.bit.ly/leu-kurs

JAV-Wahlen

Erfolg für die EVG

Zwischen 1. Oktober und 30. November wählen junge ArbeitnehmerInnen und Auszubildende ihre VertreterInnen. Die EVG hat die Wahlen zur Jugend- und Auszubildendenvertretung (JAV) in ihrem Organisationsbereich bereits erfolgreich abgeschlossen: 91 Prozent der Stimmen erhielten die EVG-KandidatInnen, die Wahlbeteiligung lag bei 63 Prozent. EVG-Vorstandsmitglied Reiner Bieck und Bundesjugendleiterin Melanie Pallien freuen sich über das eindeutige Votum der jungen Beschäftigten.

Es sei ein klarer Auftrag, die Interessenvertretung für junge Menschen so konsequent wie bisher fortzusetzen. •

DGB-Broschüre

Minijobs reformieren

7,5 Millionen Menschen in Deutschland arbeiten in Minijobs. MinijobberInnen verdienen im Schnitt nicht einmal halb so viel wie Beschäftigte in regulärer Arbeit. Der DGB kritisiert die Minijobs – und die geplante Erhöhung der Einkommensgrenze auf 450 Euro. Er fordert stattdessen eine Reform der kleinen Beschäfti-

DGB-Personalpolitik

Die Reform begleiten

Die Personalpolitik des DGB soll die strategischen Prozesse der 2010 beschlossenen DGB-Reform wirksam unterstützen. Die Grundlagen einer neuen effektiven Personalstruktur wurden 2011 gelegt. Das zeigt der gerade erschienene DGB-Personalbericht. Zu den Schwerpunkten gehören ein überarbeitetes Entgeltsystem, der Aufbau einer mittelfristigen Stellenplanung sowie regelmäßige Personaldialoge auf allen Ebenen. „2011 war ein Jahr voller personalpolitischer Neuanfänge“ schreibt der DGB-Vorsitzende Michael Sommer im Vorwort. „Es hat die Grundlagen gelegt für eine hoffnungsvolle Weiterentwicklung in den kommenden Jahren.“ •

gungsverhältnisse. Die Broschüre „Raus aus der Armutsfalle“ stellt das „DGB-Reformkonzept Minijob“ vor. Sie liefert Zahlen und Fakten, widerlegt die Legenden vom Sprungbrett Minijob und erläutert die Forderung des DGB nach Sozialversicherungspflicht ab dem ersten Euro. • www.dgb-bestellservice.de

Südafrika

Eskalation der Gewalt

Die Toten im südafrikanischen Bergbau machen auch im Ausland Schlagzeilen. Über die aktuelle Situation berichtet Monika Sommer aus Pretoria.

Polizei schießt auf Streikende? Im neuen, demokratischen Südafrika? Die Tragödie zeigt wie in einem Brennglas Fehlentwicklungen auf und gibt **Anlass zur Sorge**. Bei den wilden Streiks in der Platinmine Lonmin Plc war es bereits vor dem 16. August 2012 zu Gewaltexzessen gekommen. Zehn Menschen, Polizeibeamte, Mitglieder des privaten Werkschutzes und ein Betriebsvertreter der Minengewerkschaft National Union of Mineworkers (NUM) waren schon vor diesem Großeinsatz der Polizei getötet worden. Als die Polizei gegen eine bewaffnete Ansammlung von Bergleuten vorging, verloren weitere 34 Personen ihr Leben.

Präsident Jacob Zuma hat eine unabhängige Untersuchungskommission zu diesen Vorfällen eingesetzt, und der gewerkschaftliche Dachverband Congress of South African Trade Unions (COSATU) **fordert Untersuchungen** zu den Lebens- und Arbeitsbedingungen der Bergarbeiter. Unter Vermittlung der Kirchen konnte am 18. September 2012 eine Einigung im Tarifkonflikt selbst erzielt werden. Danach wurden eine Einmalzahlung von 2000 Rand (rund 186 Euro) und durchschnittliche Lohnerhöhungen von 22 Prozent vereinbart. Doch auch danach kam es zu weiteren Toten; so wurden zwölf Vertreter der NUM in ihren Wohnheimen und auf offener Straße umgebracht.

Im südafrikanischen Minensektor konkurrieren drei Gewerkschaften. Die NUM, die Association of Mineworkers and Construction Union (AMCU) und „Solidarity“. Keine der Gewerkschaften kann für sich in Anspruch nehmen, maßgeblichen Einfluss auf den Kompromiss genommen zu haben; keine war in Tarifverhandlungen initiativ. Letztlich ging es nur noch darum, Schaden zu begrenzen. Die Ereignisse zeigen **tiefgreifende Fehlentwicklungen in den Beziehungen der Sozialpartner** auf.

Die Unternehmen orientieren sich – auch im „neuen“ Südafrika – im Wesentlichen am „Shareholder-Value“. Die Löhne für die schwere Arbeit unter Tage sind immer noch gering. Um Profitmargen hoch zu halten, hat man sich auf Leiharbeit verlegt. Etwa 30 Prozent der angelernten Arbeiter unter Tage sind nicht fest angestellt und oft nicht gewerkschaftlich organisiert. NUM ist sich bewusst, dass sie es versäumt hat, sich ausreichend um die Sorgen der Bergarbeiter kümmern.

Die Lebensbedingungen der Bergleute sind – wie zu Apartheidszeiten – davon geprägt, dass ihre Familien in den ehemaligen „Homelands“ leben. Die berüchtigten Männerwohnheime sind zwar verschwunden. Viele Männer lassen sich die Wohnungszulage jedoch auszahlen und schicken sie mit dem Rest ihres Lohns nach Hause, während sie in primitiven Unterkünften vor Ort übernachten. Die Radikalisierung des Streiks durch andere Bewohner der Barackensiedlungen hat hier ihren Ursprung. Die jetzt vereinbarten Löhne **korrelieren erklärmaßen nicht mit der erwarteten Produktivität** und werden im Bergbau zum Einsatz von mehr



Monika M. Sommer, 56, Juristin und Mediatorin (MA), ist Leiterin des Referats Arbeit und Soziales an der Deutschen Botschaft in Pretoria. Der Beitrag spiegelt ausschließlich die Meinung der Autorin wider und ist keine Stellungnahme der Botschaft.

Maschinen führen. In südafrikanischen Minen ist bislang der Personaleinsatz relativ hoch.

Die neuen Abschlüsse finden derzeit Nachahmer im Goldbergbau und destabilisieren auch dort Industrie und Gewerkschaften. **Sie konterkarieren langfristige Tarifabschlüsse** und stellen die verfassten Strukturen der Konfliktlösung durch legitimierte Verfahren wie das Vereinigungs- und Koalitionsrecht und soziale und politische Grundrechte in Frage. Historische Ironie ist, dass die Koalitionsfreiheit in den 80er-Jahren gerade im Bergbau schwer erkämpft wurde.

Die Ereignisse in Marikana und weitere wilde Streiks stellen rechtsstaatliche Prinzipien auf die Probe. Auf der einen Seite ist dies ein Ergebnis der Konzernpolitik und der Polizei, die auf Streikende schoss. Auf der anderen Seite steht die **erhöhte Gewaltbereitschaft einer Arbeiterschaft**, die sich auch gegen gewerkschaftliche Vertretung wendet. Die Ereignisse in Marikana können nicht isoliert betrachtet werden. Zwar gelang es der National Union of Metalworkers of South Africa (Numsa) einen wilden Streik in der Automobilindustrie (Toyota) in legale Bahnen zu lenken. Trotzdem stellen die andauernden Unruhen eine Herausforderung für Gesellschaft, Wirtschaft, Gewerkschaften und Politik dar. Ein den Grundfreiheiten und sozialer Gerechtigkeit verpflichtetes System der Konfliktbewältigung steht zur Disposition und bedarf der Verteidigung. •

Gewerkschaften in Südafrika

Insgesamt gibt es 196 registrierte Gewerkschaften, davon sind 117 unabhängig und gehören keinem Dachverband an. In Südafrika muss eine Gewerkschaft, damit sie einen Tarifvertrag abschließen kann, 50 Prozent der ArbeitnehmerInnen einer bestimmten Beschäftigtengruppe organisieren.

✳ *Im Platinbergbau gibt es – im Gegensatz zum Gold- und Kohlebergbau – keine Sektoren-, sondern Unternehmenstarifverträge.*

✳ *Die NUM ist mit 320 000 Mitgliedern die größte Einzelgewerkschaft, sie organisiert neben den Minenarbeitern auch Beschäftigte der Bau- und Energiewirtschaft.*

✳ *Der größte Dachverband ist der Congress of South African Trade Unions (COSATU). Er vereint 22 Gewerkschaften mit knapp zwei Millionen Mitgliedern. Weitere Dachverbände sind die Federation of Trade Unions in South Africa (FEDUSA), das National Council of Trade Unions (NACTU) und die Confederation of South African Workers Union (CONSAWU).*

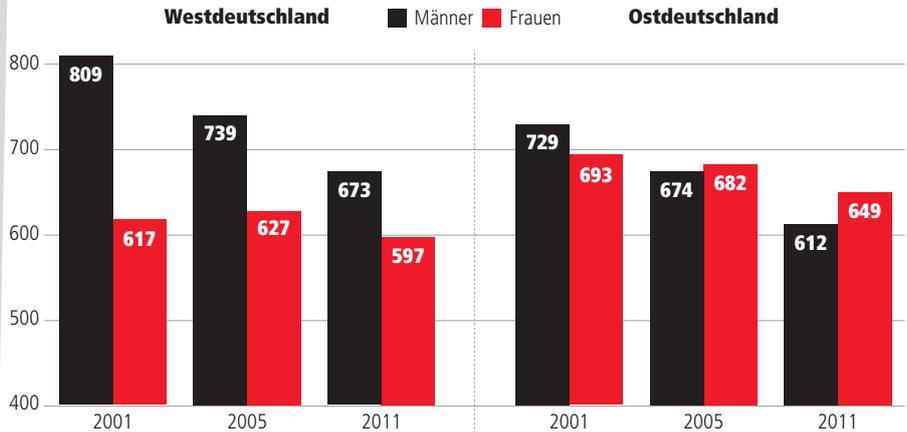
✳ *In der Marikana-Mine sind neben der NUM, die dem COSATU angehört, noch AMCU, die sich NACTU angeschlossen hat, und Solidarity vertreten. Solidarity ist ebenfalls COSATU-Mitglied. Sie vertritt die Angestellten.*

www.bit.ly/FESSüdafrika

ERWERBSMINDERUNG: Rente im Sinkflug

Durch die Rente mit 67 wird die Zahl der Erwerbsminderungsrenten in den nächsten Jahren steigen. Zu diesem Schluss kommt das Institut Arbeit und Qualifikation der Universität Duisburg-Essen. Der Grund für die Zunahme: Viele Beschäftigte schaffen es nicht, bis 67 in ihrem Job durchzuhalten. Bereits 2011 war jeder fünfte Renteneintritt vorzeitig wegen fehlender Erwerbsfähigkeit durch Krankheit oder Behinderung. Zudem sind die Renten wegen voller oder teilweiser Erwerbsminderung seit 2001 deutlich gesunken.

Durchschnittliche monatliche Rentenauszahlung* wegen voller Erwerbsminderung (in Euro)



* jeweils erstmalige Rentenzugänge

Quelle: IAQ-Altersübergangsreport 2012

© DGB einblick 18/12

personalien

••• **Ina Hinzer**, 25, ist seit 1. Oktober politische Referentin in der Abteilung Europapolitik im DGB-Büro in Brüssel. Sie hat ihr Studium an der Freien Universität Berlin mit einem Doppel-Master in Politikwissenschaft und in europäischen Studien abgeschlossen.

••• **Heike Neumeister**, 31, ist neue Pressesprecherin beim IG Metall-Vorstand in Frankfurt/Main. Sie folgt **Jörg Köther**, 53, seit 1. August Pressesprecher des VW-Konzernbetriebsrats in Wolfsburg. Neumeister war zuvor Chefin vom Dienst der Internetredaktion der IG Metall.

••• **Knut Giesler**, 48, ist neuer Leiter des IG Metall-Bezirks Nord-

rhein-Westfalen. Er tritt die Nachfolge von **Oliver Burkhard**, 40, an, der auf Vorschlag der IG Metall Arbeitsdirektor der Thyssen-Krupp AG werden soll. Giesler war zuvor Geschäftsführer der IG Metall Wuppertal.

14 TAGE

mehr Infos: www.einblick.dgb.de

22.10. DGB, Workshop „Schöne, neue, digitale Arbeitswelt? Chancen und Risiken für die Beschäftigten“, Berlin

23.10. DGB und Hans-Böckler-Stiftung, Tagung „Wer

schaft die Verkehrswende?“, Berlin

23.10. DGB NRW, Diskussion „Zwischen Freiheit und Frustration: Fluch und Segen einer digitalen Arbeitswelt“, Düsseldorf

24./25.10. DGB, IG BAU, IG BCE, IG Metall, NGG, ver.di, DGB-Bildungswerk, ver.di Bildung und Beratung, Tagung „Deutscher Betriebsrätetag“, Bonn

25.10. „Arbeitsrecht im Betrieb“ in Kooperation mit DGB, IG BCE, IG Metall und ver.di, Verleihung „Deutscher Betriebsrätepreis 2012“, Bonn

25.10. ver.di, Tagung „Social Media und Web 2.0 für Betriebs- und Personalräte“, Hannover

26.10. DGB, Tagung „Bessere Versorgung in der Pflege“, Berlin

26.10. ver.di, „8. Frauen-Alterssicherungskonferenz“, Berlin

28.10.-1.11. EVG, 1. Ordentlicher Gewerkschaftstag, Berlin

1.11. DGB, Ringvorlesung „Wohlstand ohne Wachstum?“ – Auftaktveranstaltung mit Michael Sommer, Berlin

6.11. Präsident-, Senats- und Repräsentantenhauswahl in den USA

7./8.11. IG BCE, 5. Jahrestagung für Betriebsrätinnen und Betriebsräte der IG BCE „Effiziente Betriebsratsarbeit – Interessenvertretung am Puls der Zeit“, Hannover

IMPRESSUM

einblick erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB

Verlag: Graewis Verlag GmbH **GeschäftsführerInnen:** Anne Graef, Dr. Peter Wilke

Redaktion: Anne Graef (verantw.), Sebastian Henneke **Redaktionelle Mitarbeit:** Udo Böhlefeld, Birgit Böhret, Luis Ledesma **Redaktionsanschrift:**

Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030/308824-0, Fax 030/30882420, Internet:

www.einblick.dgb.de, E-Mail: redaktion@einblick.info **Anzeigen:** Bettina Mützel,

Tel. 030/859946-240, Fax 030/859946-100, E-Mail: bettina.muettel@berlin.de

Layout: zang.design **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** PrintNetwork

Berlin **Abonnements:** Änderungen schriftlich an Redaktion einblick (Adresse s.o.)

Nachdruck frei für DGB und Gewerkschaften bei Quellenangabe und zwei Beleg-

exemplaren. Alle Anderen nur nach schriftlicher Genehmigung durch den Verlag.

Nachdruck von namentlich gezeichneten Artikeln nur nach Genehmigung durch Verlag und Autor.

Schlusspunkt.

„George Osborne hat so viel Ahnung von Wirtschaft wie eine Stange Rhabarber.“

Der Generalsekretär der britischen Gewerkschaft GMB Paul Kenny laut „Der Welt“ vom 10. Oktober über den britischen Finanzminister George Osborne. Dieser hatte vorgeschlagen, dass ArbeitnehmerInnen ihre Rechte künftig gegen Anteile am Unternehmen eintauschen können.

Massenentlassungen

Betriebsrat schriftlich unterrichten

Beabsichtigt der Arbeitgeber Massenentlassungen, hat er den Betriebsrat schriftlich darüber zu informieren und unter anderem auch die Gründe für die geplanten Entlassungen mitzuteilen. Hat der Arbeitgeber die vom Gesetz geforderten Angaben in einem nicht unterzeichneten Text dokumentiert und diesen dem Betriebsrat zugeleitet, genügt die abschließende Stellungnahme des Betriebsrats zu den Entlassungen, um den eventuellen Schriftformverstoß zu heilen.

Bundesarbeitsgericht,
Urteil vom 20. September 2012 - 6 AZR 155/11

Steuerklasse

Wechsel kann rechtsmissbräuchlich sein

Jedem Bürger steht das Recht zu, frei die Steuerklasse zu wählen. Die Ausübung dieses Rechts kann aber auch rechtsmissbräuchlich sein. Das ist der Fall, wenn dafür keine schutzwürdigen Gründe vorliegen und deshalb anzunehmen ist, dass der Steuerklassenwechsel vorwiegend zur Schmälerung eines obligatorischen Kostenbeitrags erfolgt ist, der nach dem Nettolohn berechnet wird.

Bundesverwaltungsgericht,
Urteil vom 11. Oktober 2012 - 5 C 22.11

Gesetzliche Unfallversicherung

Pflegeperson ist geschützt

Eine nicht erwerbsmäßige Pflegeperson, die einen Unfall bei der Vorbereitung einer konkreten Pflgetätigkeit im Bereich der Grundpflege erleidet, steht unter dem Schutz der gesetzlichen Unfallversicherung. Zwischen der vorbereitenden Handlung und der Pflgetätigkeit muss aber ein enger sachlicher, örtlicher und zeitlicher Zusammenhang bestehen. Ein solcher Zusammenhang ist bei einem Unfall zwei Stunden vor der beabsichtigten Pflgetätigkeit nicht gegeben.

Sozialgericht Karlsruhe,
Urteil vom 9. August 2012 - S 1 U 4760/11

Caritas

Kirchenaustritt rechtfertigt Kündigung

Im Rahmen eines Arbeitsverhältnisses mit einem Caritasverband stellt es einen schwerwiegenden Verstoß gegen die arbeitsvertraglichen Loyalitätspflichten dar, wenn der Arbeitnehmer aus der katholischen Kirche austritt. Ein derartiger Verstoß ist an sich geeignet, die außerordentliche Kündigung des Arbeitsverhältnisses zu begründen.

Landesarbeitsgericht Baden-Württemberg,
Urteil vom 9. März 2012 - 12 Sa 55/11

Bestattungskosten

Erstattung nur bei Rechtspflicht

Die Übernahme von Bestattungskosten aus Sozialhilfemitteln setzt eine rechtliche Verpflichtung des Antragstellers zur Bestattung voraus; eine bloße sittliche Verpflichtung, zum Beispiel aus Freundschaft, reicht nicht aus.

Sozialgericht Karlsruhe,
Urteil vom 31. August 2012 - S 1 SO 1200/12

Arbeitslosengeld

In einigen Fällen auch für Studenten

Arbeitslosengeld kann nur beanspruchen, wer der Arbeitsagentur für Vermittlung zur Verfügung steht. Das wird bei Studierenden regelmäßig verneint, weil sie – so die gesetzliche Vermutung – nur versicherungsfreie Beschäftigungen ausüben können. Ist ein Studienanfänger bis zum Beginn der Lehrveranstaltungen nicht in studiumsrelevante Aktivitäten eingebunden, ist diese Vermutung widerlegt.

Der Fall: Die gelernte Krankenschwester meldete sich nach Arbeitsunfähigkeit arbeitslos. Die Mutter eines minderjährigen Kindes beantragte Arbeitslosengeld bis zum Studienbeginn. Die Agentur lehnte mit der Begründung ab, als eingeschriebene Studentin könne sie nur eine versicherungsfreie Beschäftigung ausüben. Die dagegen gerichtete Klage hatte Erfolg.

Das Landessozialgericht: Die Studentin hat nachgewiesen, dass sie bis zum Vorlesungsbeginn nicht durch universitäre Aktivitäten gebunden war und deshalb eine Beschäftigung ausüben konnte. Damit hat sie in dieser Zeit der Arbeitsvermittlung zur Verfügung gestanden und die gesetzliche Vermutung widerlegt.

Hessisches Landessozialgericht,
Urteil vom 21. September 2012- L 7 AL 3/12

Eingliederungsmanagement

Entbehrlich wenn aussichtslos

Ist ein Arbeitnehmer innerhalb der letzten 12 Monate länger als sechs Wochen arbeitsunfähig, so ist der Arbeitgeber zum Angebot eines Betrieblichen Eingliederungsmanagements (BEM) verpflichtet. Diese Maßnahme soll helfen, Beschäftigte, die länger krank sind, wieder in den Arbeitsprozess einzubinden. Eine Kündigung ist aber nicht unwirksam, wenn der Arbeitgeber kein ordnungsgemäßes BEM durchgeführt hat. Vielmehr muss beim BEM eine alternative Beschäftigungsmöglichkeit bestanden haben, die eine Entlassung vermeidet.

Der Fall: Der Arbeitnehmer, Heilbehandlungspfleger, ist seit dreieinhalb Jahren arbeitsunfähig. Sein Leistungsprofil zeigte, dass er seine vorher ausgeübte Tätigkeit nicht weiter ausüben kann. Der Arbeitgeber kündigte das Arbeitsverhältnis. Die Klage dagegen hatte keinen Erfolg.

Das Landesarbeitsgericht: Die Kündigung ist wegen dauerhafter Arbeitsunfähigkeit gerechtfertigt. Der Arbeitnehmer ist künftig nicht in der Lage, Arbeiten auszuüben, die mit schwerem Heben und Tragen, dem Personentransport sowie dem Einsatz in Wechsel- und Nachtschicht verbunden sind. Mit diesen Leistungseinschränkungen kann er seine bisherige Tätigkeit nicht mehr ausüben. Damit ist eine erhebliche Beeinträchtigung betrieblicher Interessen gegeben.

Soweit der Arbeitnehmer angibt, er sei gesund, verkennt er, dass er nicht seine volle, vertraglich vereinbarte Arbeitsleistung erbringen kann. Als Heilbehandlungspfleger ist er arbeitsvertraglich verpflichtet, den Bewohnern bei der Körperhygiene und beim Toilettengang zu helfen. Das erfordert schweres Heben und Tragen. Der Arbeitgeber ist grundsätzlich nicht verpflichtet, eine nur eingeschränkt angebotene Arbeitsleistung anzunehmen. Die Kündigung ist auch nicht unwirksam, weil der Arbeitgeber kein ordnungsgemäßes BEM durchgeführt hat. Die Durchführung eines betrieblichen Eingliederungsmanagements ist keine formelle Wirksamkeitsvoraussetzung für den Ausspruch einer krankheitsbedingten Kündigung.

Landesarbeitsgericht Rheinland-Pfalz,
Urteil vom 5. Juli 2012- 10 Sa 685/11